

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wichtigpreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erfüllung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklameweile 25 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 159

Altensteig, Freitag den 10. Juli.

Jahrgang 1925

Hierzu eine Beilage.

## Das neue Schullastengesetz und die Amtschadenumlage.

Ein Beispiel.

Vom Rathaus in Schwenningen wurde dieser Tage der Öffentlichkeit folgendes unterbreitet, das allgemein interessieren dürfte:

„Die württembergische Regierung hat in den letzten Tagen einen Sparerlass an die Gemeinden hinausgegeben, der bezwecken soll, daß die Gemeindeumlage 1925 möglichst niedriger gehalten wird. Nicht in Einklang mit diesem Erlass stehen folgende Tatsachen: 1. Der württembergische Staat versucht durch den neuen Gesetzentwurf einen weiteren großen Teil der Schullasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Die Mehrbelastung für Schwenningen für die Schulen würde nach diesem Entwurf 115 000 RM. gleich 4,6 Prozent der Gemeindeumlage betragen. Der Staat würde also um diese 4,6 Prozent weniger Lasten haben, beabsichtigt aber, seinen bisherigen hohen Umlagefuß auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe mit 8 Prozent beizubehalten. (Friedenssatz 2,1 Prozent). Es ist natürlich keine Kunst, den Staatshaushalt auf diese Weise zu balancieren und den Gemeinden zu diktiert, ihre Umlagen möglichst niedrig zu halten. 2. Der Staat fordert von der hiesigen Gemeinde als Entschädigung für den Aufwand auf die verstaatlichte Polizei im Rechnungsjahr 1925 ca. 80 000 RM., während die Friedensausgabe für die Gemeindepolizei 12 229 RM. betrug. Unter Jugendbelegung der heutigen Verhältnisse also auch hier eine Mehrausgabe von 60 000 RM. gleich 2,4 Prozent Gemeindeumlage. 3. Die Amtsförperschaft Rottweil hat in den letzten Tagen ihren Haushalt für 1925 mit einem von den Gemeinden zu deckenden Abmangel von mehr als 500 000 RM. verabschiedet. Schwenningen hat an diesem Abmangel mindestens 50 Prozent gleich 250 000 RM. oder 10 Prozent Gemeindeumlage zu tragen. Das Mehr an Schullasten und die Amtschadenumlage gibt also allein 14,6 Prozent Gemeindeumlage — der Staat empfiehlt aber den Gemeinden höchstens 12 Prozent umzuliegen. Die Steuerzahler werden sich sicher für diese Zahlen interessieren und sich Gedanken darüber machen, auf welche Weise die Gemeinde ihren eigenen Aufwand decken soll. Es stehen hierfür nur der Anteil an der Einkommensteuer, einige weniger ertragreiche Gemeindefeuern und die Erträge des Gemeindevermögens zur Verfügung.“

Dazu erlaube ich mir folgendes auszuführen:

In diesen klaren, kurzen Ausführungen ist deutlich gemacht, welche außerordentliche Erhöhung der Amtschadenumlage durch das neue Schullastengesetz in Aussicht steht. Die Erhöhung ist so groß, daß sie für das gesamte hiesige Wirtschaftsleben verhängnisvoll werden kann.

Gegenwärtig in Stuttgart nahm ich teil an der Jubiläumsfeier eines führenden Werkes der elektrischen Industrie. Die Leistungen dieser Industrie fanden rückhaltlose Anerkennung. Man würdigte, was in gemeinsamer Arbeit, in Streben und Schreien trotz allem erreicht wurde. Andererseits ließ die Staatsregierung ihr Interesse bekunden und stellte die weitere Förderung in Aussicht, sobald man versucht war, durch die Steuerwolken blauen Himmel zu sehen. Doch beim gemütlichen Teil, beim Glas Bier, kam wie überall auch die Klage über die lange, immer schwerer werdende Kette der Steuerlast in die Unterhaltung und zwei Freunde, Vertreter der württembergischen Wirtschaft, glaubten, die Gelegenheit benützen zu sollen, sich an mir „Luft zu schaffen“. Darauf eingehend und mich bemühend denselben und noch mehreren Tischgenossen die Zusammenhänge dieser Steuerlast, wodurch, woher und durch wen und zu was zu erklären, fand ich ein derartiges geringes Verständnis und vielleicht zum Teil absichtliche Unorientiertheit, daß ich mir weitere Worte sparzte.

Wer einerseits in allgemeinen Redensarten über Nichtbezahlenkönnen und Nichtbezahlenwollen von Steuern spricht, andererseits aber erklärt, „von dem Dred nichts wissen zu wollen“, den „Demokraten“ belächelt und mitteilig bedauert, daß er in die „Bude“ (Landtag) hode, sich als Stuttgarter sogar rühmt, selbst noch nicht darin gewesen zu sein, geschweige denn zu wissen, wo sie sei, bei diesen Leuten ist Aufklärung vergeblich.

Ähnlich fürchte ich, wird es mit den eingangs erwähnten Ausführungen über die steuerlichen Verhältnisse der Stadtverwaltung gehen. Ich glaube, daß die Fest- und andere Berichte eingehender studiert werden und mehr Interesse finden, als der „Dred“ über Steuerumlagen.

Als Landtagsabgeordneter, der gleichzeitig als Gemeindevorsteher und Mitglied der Amtsvorstellung in das Wechselspiel der Etats dieser 3 Körperschaften

hineinsieht, erachte ich es als meine Pflicht, alle diejenigen, die nicht nur allgemein räsonieren, sondern sich ernstlich mit diesen Fragen beschäftigen, darauf hinzuweisen, was in den nächsten Tagen im Plenum des Landtags vor sich geht. Dort wird die Pfeife geschnitten, nach der die Gemeinden zum großen Teil tanzen und ihre Etats einrichten müssen.

Um die Staatssteuer nicht erhöhen zu müssen, versucht die Regierung eine Umwälzung der aufgebährten Lasten zu Gunsten eines Teils der Bevölkerung auf die Städte, Industrie, Handel und Gewerbe, dabei ganz außer Auge lassend, daß eine Erhöhung oder gar Erdrosselung des einen Teils auch dem anderen Teil Unheil bringt.

Der Landtag trat am 30. Juni nachmittags zusammen, um den in der Nacht des 30. Juni ablaufenden Rotetat zu verlängern.

Nur durch Zurückziehung (im letzten Augenblick) des Artikels 2, der die Erhöhung der Gebäude-Entschuldungssteuer von 0,6 Prozent auf 1 Prozent verlangte, gelang es der Regierung, den sich vorbereitenden Sturm zu beschwichtigen und in letzter Stunde den Rotetat unter Dach zu bringen.

Aber schon die erste Lesung des Schullastengesetzes, die bei Schwenningen ca. 110 000 M. Mehrkosten ausmachen wird, abgesehen von dem kulturellen Rückschritt, gab den Rednern der Opposition Veranlassung, ihren rückwärtsseitigen Kampf jetzt schon anzukündigen und auf diese Kämpfe, die meiner Ansicht nach nicht hoffnungslos geführt werden, möchte ich die Öffentlichkeit aufmerksam machen.

Die Kämpfe um den eigentlichen Etat beginnen erst jetzt. Sie werden geführt von unserer Seite gegen die Umwälzung der Lasten, sie werden geführt unter dem Gesichtspunkt, daß die Lasten nicht umgewälzt, sondern rückwärtslos beschnitten werden. Nicht als Geiste, sondern entschlossen die Konsequenzen zu ziehen, wurde seitens der deutsch-demokratischen Partei eingereicht der Antrag Scheef: „Das Staatsministerium zu ersuchen, ungekürzt eine der geminderten finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes entsprechende durchgreifende Reform der gesamten öffentlichen Verwaltung des Landes unter wesentlicher Verminderung der Zahl der Behörden und Vereinfachung des Geschäftsganges einzuleiten und dem Landtag entsprechende Vorlage zu machen.“

Hier muß der Hebel angelegt werden. Vereinfachung und damit Verbilligung unserer Staatsverwaltung! In jeder Hinsicht.

Fritz Mauthe, Mitgl. d. Landtags.

Anmerkung der Schriftleitung. Auch bei der kürzlich stattgefundenen Amtsvorstellung in Nagold wurde von den Gemeindevorstern des Bezirke energig gegen protestiert, daß der Staat jetzt verluche, die Schullasten auf die ohnehin schwer belasteten Gemeinden abzuwälzen und betont, daß eine derartige Finanztechnik des Staates keine Kunst sei.

## Die Kämpfe in Marokko

Die blutigen Kämpfe, der letzten Wochen in Marokko haben von neuem die Augen der ganzen zivilisierten Welt auf jenes kleine rätselhafte Volk der Berber oder Kabalen gelenkt, die voll von unbändigem, wildem Freiheitsdrang durch die Jahrtausende hindurch gegen die Phönizier, Karthager, Römer, Vandalen, Byzantiner, Araber, Portugiesen, Spanier, Franzosen blutig für ihre Unabhängigkeit gekämpft haben. In weiten Kreisen trifft man oft die Ansicht, alle Einwohner Marokkos und die Rifabergen der nördlichen Küstengebiete seien Araber. Nichts ist irriger als diese Annahme — der Gegensatz zwischen den ureingewohnten Berbern und den landfremden, viel später erst eingewanderten Arabern ist außerordentlich scharf, wenn sich auch hier und da durch den nivellierenden Einfluß des Islam und die Arabisierung gewisse Ausgleiche geschaffen haben. Die Ureinwohner Nordafrikas, die noch heute fast überall den Grund der Bevölkerung bilden, auf den sie später fremde Rassen einfach aufokuliert haben, sind ein mittelgroßes, energisches, nerviges und lebhaftes Geschlecht wesen, das den Ureinwohnern Spaniens, Italiens und Südfrankreichs gleich. Sie waren weiß, von rein europäischem Typ, und sogar blondhaarige waren keine Seltenheit unter ihnen. Seit Beginn des 7. Jahrhunderts n. Chr. kam die entscheidende Eroberung, die dem Verberismus auf das nachdrücklichste ihren Stempel aufdrückte: Die beiden arabischen Invasionen. Mit Feuer und Schwert brachen aus ihrer kleinen arabischen Halbinsel die Anhänger des wahren Propheten unter flatternden grünen Fahnen hervor, folgten wie eine Sturmflut über ganz Nord-Afrika, und der

Blutausch des Islam segte jenseit über das Berberland vom Roten Meere bis zu den Gestaden des Atlantischen Ozeans. Das Christentum im Berberlande wurde ausgerottet vom muslimanischen Fanatismus. Als der uns aus Tausendundeinernacht gut bekannte Harun al Raschid Kalif zu Bagdad war — im Jahre 700 — kämpften bereits vereinigte Araber- und Berberheere bei Volliers in Frankreich gegen die Truppen Karl Martells, und wir alle wissen noch von der Schulbank her, wie Roland, der Paladin Karls des Großen bei Ronceval gegen die Mauren fiel. Ueber 700 Jahre lang herrschten die Mauren, d. h. die arabisierten Berber Marokkos, nächste Blutsverwandte der heutigen Rifabergen über das stolze Spanien! ... Kriegsglück und Macht schwankten auf und nieder im Leben der Völker, aber durch die Jahrtausende hindurch haben die Rifabergen niemals irgend eine Fremdherrschaft ertragen. Und was sich heute in Marokko abspielt, ist nichts weiteres als eine ganz kleine Phase des tausendjährigen großen Kampfes der Berber um ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Jenes Kampfes, den einst schon Zungurta und Massinissa kämpften, und den heute Abd el Krim weiter führt.

Die militärische Lage in Marokko hat sich für Frankreich, ohne daß die französischen Heeresberichte allzuviel davon verrieten, stark verschlechtert. Von den Ausläufern des Rifgebirges trugen die Rifabergen ihre ersten Angriffe gegen die französischen Posten nördlich des Uergha-Flusses vor. Ein Stützpunkt nach dem andern mußte von den Franzosen aufgegeben werden, nachdem seine Besatzung umzingelt, wieder entsetzt und dann zurückgezogen war. Nach dem Uergha-Fluß ist jetzt das obere Tal des Leben, flankiert von den Gebirgszügen des kleinen Atlas, Kampfgebiet geworden. Ab el Krim's altes strategisches Ziel, die Bahnlinie von Rabat über Meknes, Fez, Taza nach Oran, die Marokko mit Algier verbindet und das Rückgrat der französischen Kampffront bildet, erscheint ernstlich bedroht. Nach der Räumung der Stadt Ueggan, die vor Wochen zum ersten Male die Lage kennzeichnete, ist jetzt, auch Taza auf Anordnung der französischen Behörden von der Zivilbevölkerung, zunächst den Frauen und Kindern, geräumt worden. Man erwartet also den Kampf um die Stadt. Das Vorrücken der Truppen Abd el Krim's ist darum für Frankreich so bedeutungsvoll, weil damit die bisher neutralen Eingeborenstämme dem französischen Einfluß entzogen werden und nun natürlich für Abd el Krim, freiwillig oder gezwungen, eine wertvolle Verstärkung bilden.

Ueber den Ausgang des Kampfes um Taza ist schwer etwas vorzusagen. Frankreichs Stellung ist hier indessen entschieden stärker als sie weiter nördlich war, schon wegen t. Anlehnungsmöglichkeit und der schnelleren Verbindung mit den Nachschubstellen. Aber auch der Feind weiß, was auf dem Spiele steht, sobald mit erbitterten Kämpfen zu rechnen ist. Frankreich hat dem Rechnung getragen, indem es die vom Parlament und der Presse seit langem geforderte Oberkommando-stelle für die Front nun endlich geschaffen hat. Anstelle von General Beggand freiwillig, der zuerst genannt wurde und Guillaumat, des letzten Kandidaten, ist General Kaulin mit der Leitung der Operation betraut worden. General Guillaumat gilt wegen der Räumungsaktion im Ruhrgebiet zur Zeit am Rhein als unakömmlich.

Paris, 9. Juli. Das amtliche Communiqué über die Lage in Marokko vom 8. Juli berichtet: Die Riftruppen und die Dissidenten haben 10 000 Mann am Ouerghastah zusammengezogen. Die Absicht des Feindes ist anscheinend ein neuer und intensiver Angriff von Norden und Süden her.

London, 9. Juli. „Times“ schreibt in einem Leitartikel über die neue Phase in Marokko, die Ernennung des Generals Kaulin zum Befehlshaber der französischen Streitkräfte in Marokko läßt klar erkennen, daß der Feldzug gegen die Rifleute keine kleinere koloniale Expedition, sondern ein Krieg von beträchtlicher Ausdehnung ist oder es jedenfalls bald werden kann. Der Anteil Großbritanniens an den marokkanischen Angelegenheiten ist glücklicherweise gering.

Paris, 9. Juli. Wie dem „Journal“ aus Madrid berichtet wird, hat die französisch-spanische Konferenz das Protokoll, die die Ueberwachung zu Lande betreffenden Akte unterzeichnet. Bezüglich der Tangerfrage hat Spanien vorgeschlagen, Ueberwachungsposten in bestimmten Zonen vor Tanger einzusetzen. Heute wird Abgeordneter Maloy vor seiner Abreise nach Paris das Abkommen betreffend die politische Zusammenarbeit der beiden Länder unterzeichnen.

## Polens Antwort unannehmbar

Berlin, 8. Juli. Die polnische Delegation überreichte ihre Antwort auf die deutschen Vorschläge zu einem vorläufigen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen. Obwohl die deutsche Delegation durch Erhöhung des Kohlenkontingents von 60 000 auf 100 000 Tonnen, durch Garantierung des Status quo hinsichtlich der Fleischzufuhr, durch den Vorschlag eines pactum de contrahendo für die Viehein- fuhr und durch die Zurückziehung der deutschen Forderungen in der Liquidationsfrage den polnischen Wünschen weit entgegengekommen ist, macht die polnische Delegation in ihrer Antwort nicht einmal den Versuch, durch ihre Gegenvor- schläge sich dem deutschen Angebot zu nähern. Sie wieder- holt nur ihre schon früher abgegebenen Erklärungen, daß Polen die sozialistische Weisbegünstigung und das Ein- reiserrecht für Handelsreisende nur zugehen kann gegen ein Kohlenkontingent von 350 000 Tonnen im Mo- nat und gegen Sicherstellung der Einfuhr nicht nur von Fleisch, sondern auch von lebenden Kindern und Schweinen.

Die Forderung eines Kontingents von 350 000 Tonnen Kohlen, die dem bisherigen durch den Versailler Vertrag ausgesetzten Kontingent nahekommt, verkennt völlig die durch die Weltkohlenkrise auch für die deutsche Kohlenpro- duktion entstandenen Schwierigkeiten. Diese Forderung ist deshalb für Deutschland völlig unannehmbar. Ebenjowenig trägt die polnische Forderung auf Einfuhr von lebenden Kindern und Schweinen dem deutschen Standpunkte Rech- nung. Polen erklärt, daß es von diesen Forderungen nur dann absehen könne, wenn Deutschland bereit wäre, auf die sozialistische Weisbegünstigung zu verzichten und ledig- lich ein Abkommen zu schließen, dessen Inhalt nach Ansicht der polnischen Delegation sich darauf zu beschränken hätte, daß der Wert der ausgetauschten Waren sich auf beiden Seiten entspricht. Ein Abkommen auf dieser Grundlage, das die von Polen beabsichtigte Taktik, während der schwebenden Ver- handlungen Einfuhrverbote zu erlassen, sanktionieren würde, ist für Deutschland unannehmbar. Diese Antwort der polnischen Delegation bietet daher keine Aussicht zu einer Einigung zu gelangen.

## Französischer Aufruf gegen die Schuldfrage

Paris, 9. Juli. In Frankreich hat sich eine Gesellschaft gebildet, die den Titel führt: „L'Appel aux Consciences“, die einen Aufruf erläßt, in dem es heißt: Nur ein Miß- verständnis trennt die Welt vom Frieden. Die öffentliche Meinung Deutschlands erträgt nur mit tiefer Entrüstung die Artikel 227 bis 230 des Versailler Vertrages und den Artikel 231. Nicht gegen die materiellen Entschädigungs- verpflichtungen wendet sich die deutsche Nation. Sie erkennt deren Notwendigkeit an und sie beugt sich vor einer Rege- lung, die durch internationale Abmachungen endlich fest- gelegt ist. Was sie aber nicht annimmt, ist das, daß man ihre durch Gewalt einseitig entziffen hat, gegen das sie vor und nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags nicht aufgehört hat, Einspruch zu erheben. Frankreich an- dererseits hält sich an das Dogma, daß durch den Einfall in Belgien der Angriff verwirklicht wurde. Artikel 231 wurde Deutschland, wie die amtlichen Akten beweisen, durch Ge- walt und durch die Drohung, sofort den Krieg bis zur voll- kommenen Vernichtung wieder aufzunehmen, entziffen. Die Zeit der summarischen Verfahren, die keine Berufung kennt, ist vorüber. Es ist ebenso widerrechtlich, ein Volk zu An- schuldigungen zu verdammen, wie einen Menschen zu Tode ohne ein mündliches Verfahren. Artikel 231 muß in einem für alle annehmbaren Sinn abgeändert werden, ebenso wie die die Zwangsmassnahmen betreffenden Artikel 227 bis 230, die den Haß aufrechterhalten und die für eine endgültige Wie- derherstellung des Friedens nicht weniger schädlich sind. Der Nationalismus darf sich nicht täuschen. Er findet hier kei- nen Beweis von Schwäche, sondern nur einen Beweis der französischen Redlichkeit und einen Schritt zur menschlichen Solidarität. Wird das das Deutschland eines Goethe be- greifen? In diesen traurigen Tagen spielt die europäische Zivilisation ihre letzte Karte aus. Sie ist verloren, wenn ein mörderischer Krieg wieder beginnt.

Dieser Aufruf ist von hundert französischen Intellektuel- len, zumeist Schriftstellern und bekannten Namen, unter- zeichnet.

Paris, 9. Juli. „Ere Nouvelle“ veröffentlicht heute vor- mittag den Aufruf, Victor Marguerite leitet die Veröffentlichung mit einem kleinen Artikel ein, in dem er sagt: Die Wahl von Hindenburg hat die Veröffentlichung verzögert. Heute aber, nachdem es klar geworden ist, daß diese Tat- sache nichts an der Möglichkeit der Annäherung der beiden Völker geändert hat und daß die Verständigung eine Vor- bedingung für den Weltfrieden ist, halte ich es für meine Pflicht, die Veröffentlichung dieses Aufrufs nicht mehr länger zurückzuhalten. Die Unterschriften beweisen, daß es sich nicht um eine politische Angelegenheit handelt, sondern um eine Kundgebung freier Geister, die einen Appell an das Weltgewissen richten und wünschen, daß die blutigen Wetterwolken endgültig verschwinden werden.

## Die Räumungsfrage

London, 9. Juli. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt aus Anlaß des Besuchs Vanderveldes in Pa- ris mit Bezug auf die französisch-belgische Kontinuität im Rhein- lande: Die Frage der weiteren Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, die in dem Londoner Abkommen vom letzten Jahre nicht behandelt worden war, werde jetzt, wo die Räumung begonnen habe, akut. Es besteht Aussicht, auf eine Vereinbarung bezüglich der Räumung dieser drei Städte zu gleicher Zeit, bzw. etwa gleichzeitig mit der Räumung.

Paris, 9. Juli. Ein Berichterstatter des „Petit Parisien“ wurde von dem in Paris anwesenden Minister Vandervelde

empfangen. Dieser erklärte: Die Räumung des Ruhr- gebietes machte eine technische Verständigung zwischen Frankreich und Belgien notwendig. Die Bewegung der Truppen hat schon begonnen; denn die am 11. Januar 1923 von den belgischen und französischen Truppen besetzten Ge- biete werden vor dem Termin geräumt werden, der in Lon- don bestimmt wurde, also vor dem 16. August. Auf die Frage, ob die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ebenfalls geräumt würden, antwortete Vandervelde: Die Besetzung dieser drei Städte ist eine interalliierte und nicht eine französisch-belgische. Ihre Räumung macht also eine in- teralliierte Verständigung notwendig.

## Neues vom Tage

### Die franz. Kammer zum Washingtoner Abkommen

Paris, 9. Juli. Der von den Sozialisten in der Kammer beantragte Vorbehalt, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag in Frankreich erst Gültigkeit er- halten solle, wenn es auch von Deutschland angenommen werde, ist, wie „Journal Officiel“ heute vormittag mitteilt, mit 429 gegen 151 Stimmen abgelehnt worden. Der ganze Entwurf wurde einstimmig von den an der Abstimmung teilnehmenden 545 Abgeordneten angenommen.

### Um das Nordpolfahrtsschiff

Berlin, 9. Juli. Ein Vertreter des „Tageblatts“ hatte mit Dr. Edener eine Unterredung über den Beschluß der Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis betreffend die Größe des Polarschiffes. Dr. Edener führte aus, daß der Luftschiffbau-Zeppelin bei seiner Abreise über die Entschlei- dung der Studiengesellschaft noch nicht unterrichtet war. Seiner Ansicht nach handle es sich nicht um eine Sache von so wesentlicher Bedeutung, daß sie die erzielte Einigung zwischen Luftschiffbau-Zeppelin und der Studiengesellschaft wieder in Frage stellen könnte. Das vom Luftschiffbau vor- geschlagene Luftschiff von reichlich 100 000 Kubikmetern habe annähernd die gleiche Leistungsfähigkeit wie ein 150 000 Kubikmeter-Schiff und sei um 2½ Millionen Mark billiger. Die Studiengesellschaft brauche nur in bestimmter Weise ihre Wünsche in dieser Beziehung äußern, um diese erfüllt zu sehen.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Juli

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Straf- verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Hecker und Pfeiffer wird mit 176 gegen 143 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Das Haus tritt dann in die Beratung des Gesetzentwur- fes der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ein.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) erinnert daran, daß die Regierung sich mit ihrem eigenen Gesetzentwurf über diese Materie im Steuerauschuß eine Niederlage geholt habe. Nun hätten die Regierungsparteien unter dem Druck des Reichsfinanzministers, der mit einer Regierungskrise gedroht habe, einen Initiativantrag eingebracht, der Kompromisse bringe, aber immer noch eine Erhöhung von 50 Prozent der Biersteuer. Der Redner lehnt den Gesetzentwurf entschieden ab.

Abg. Neubauer (Komm.) Die kommunistische Partei lehne grundsätzlich jede Massensteuerung ab.

Abg. Bühl (Dem.) erklärt, daß die Demokraten in diesem Falle der Ueberweisung des Initiativantrages an den Aus- schuß nicht widersprechen würden. Der Redner erinnert an die programmatischen Erklärungen des Reichskanzlers Lu- ther bei seinem Regierungsantritt, daß die die Massen be- lastenden Steuern abgebaut werden sollen und an die kürz- lich beschlossene Herabsetzung der Weinsteuern. In viel här- terem Maße aber als Wein sei Tabak Bedarfsgegenstand der breiten Massen. Die Demokraten lehnen Massensteuern ab.

Abg. Henning (Völk.) lehnt die Vorlage ab, die das An- sozialste von dem Unsozialen sei.

Die Vorlage wird dann dem Steuerauschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Amerika wird dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Es stehen dann zwei Verträge mit Polen, einer über die Benutzung von Baulichkeiten in Kurzebrak und einer über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr auf der Tagesordnung.

Das Haus nimmt im Interesse der deutschen Grenzbesöl- derung das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr in allen drei Lesungen an. Nachdem noch ohne Debatte in allen drei Lesungen das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spitzbergensvertrag angenommen worden ist, wendet sich das Haus der Weiterberatung des Haushalts des Mi- nisteriums für die besetzten Gebiete zu.

Abg. von Kamin (Völk.): Gegenüber der verlogenen Phrasologie des Völkerbundes sollte Deutschland sich mit den vielen vom Völkerbunde unterdrückten Nationen zu- sammen schließen.

Abg. Frau Schiffgens (Soz.) setzt sich für die sofortige Zutrerfügungstellung der erforderlichen Mittel für Woh- nungsbauten im besetzten Gebiete ein.

Abg. Dr. Ellenbeck (Dnt.) wünscht, daß die politischen Gefangenen im besetzten Gebiet bei einer bevorstehenden Räumung nicht vergessen werden.

Abg. Mollath (Wirtsch. Ver.) meint, daß die Reichsregie- rung vor allem auch die unerhörte Steuerlast mildern müsse, wenn sie der Bevölkerung der besetzten Gebiete hel- fen wolle.

Abg. Jakobshagen (Soz.) begründet einen Antrag, der von der Regierung Mittel für die Länder und Gemeinden des besetzten Gebietes zur Behebung der Erwerbslosennot wünscht.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. Juli 1925.

— Zur Mode von heute. Die Evang. Pressekorrespondenz schreibt: Was werden einmal spätere Zeiten über die Mode von heute sagen? Sie werden sich wundern, wie viele Damen von heute so herumlaufen möchten, wie das „Ewig-Weibliche“ unter einen Bienenkorb oder Stahlhelm hervorlauernde, sich die Haare abschnitt, in engem Rock, knapp wie für 12jährige Mädchen, einherturnte und einen Tot- schläger, der einem Rübezahl anstände (oder soll es ein Schirm sein?) unter dem Arm schwang — die ganze Herr- lichkeit auf Stöckelschuhen wie auf Stielen: wirklich ein Bild von unvorgeführter Schönheit und Anmut (von der verhallten Modetaktik in Tanzkleidern und Reouen ganz zu schweigen.) Die Schöpfer dieser Mode müssen arge Weiber- feinde gewesen sein, aber allzu viele Frauen merkens nicht. Warum auch sollte man in Deutschland einen besseren Ge- schmack haben als in der Neuporter Halbweit, warum auch sollte man anders aussehen als die Pariser Ditzne? Es wäre wohl gar ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag? Seltsam ist, wie lange sich diese Mode hält, die letzten Jahre haben eigentlich recht wenig Veränderung daran gebracht. Doch scheint jetzt der gute Geschmack und der Sinn für Würde und Anmut wieder an Boden zu gewinnen; man sieht wieder mehr Frauen und Mädchen, die das nicht alles mitmachen. Wir glauben darin etwas von dem Geist der gesunden Jugend anzutreffen. Ihr schließe sich an, wer den Sumpf und die Entweiblichung nicht will. (ep.)

Prondorf, 8. Juli. (Nahende Ernte.) Am gestrigen Dienstag wurde hier der erste Wagen Wintergerste eingegeführt.

— Calw, 8. Juli. Unter dem Vorsitz von Schulrat Schott in Nagold fand gestern nach 4jähriger Unterbre- chung wieder eine Bezirksversammlung des Kammerbezirks Calw statt. Als Gäste waren Oberam- mann Rippmann, sowie einige Geistliche von Stadt und Land anwesend. Der Vorsitzende legte in seinem Ueber- sichtsbericht die üble Wirkung der Abbaumassnahmen im Bezirk dar und gab eine Statistik über Schulklassen und Schülerzahl im Bezirk. Es war daraus zu entnehmen, daß der Bezirk 134 Schulklassen und 4534 Schüler zählt. Studienrat Kandler in Nagold besprach empfehlend das wert- volle, von Professor Dr. Wagner in Nagold herausgege- bene Heimatbuch. Oberamtsarzt Dr. Weg, der Schularzt für Calw und Neuenbürg, berichtete über die Ergebnisse seiner Schüleruntersuchungen, besonders über die guten Erfolge der vorbeugenden Kopfbehandlung durch Jodta- bellen. Mit Kropfanlagen sind 53 Prozent der untersuch- ten Kinder behaftet, 31 Proz. derselben leiden an Zahn- verderbnis. Interessant war das Kuriosum, daß in der früheren Waldenbürggemeinde Neuhengstett keine Zahnver- derbnis bei den Schülern festzustellen war. Bei den Volks- schülern war die Zahnverderbnis größer als bei den höhe- ren Schülern, dagegen war bei den letzteren die Sehtrift schlechter. Der Gesundheitszustand der Schüler im Schul- bezirk Calw war besser als im Schulbezirk Neuenbürg, wes- der Umstand wohl auf die besseren wirtschaftlichen Ver- hältnisse der Gäuorte zurückzuführen sein wird. Mittels- schullehrer Bed, hier, hielt einen ausgezeichneten Vortrag über die Grundlagen des neuen Lehrplans für das 5. bis 8. Schuljahr. An Stelle des verdienstvollen, langjährigen Kammerers, Oberlehrer Stahl in Neubulach, wurde Ober- lehrer Reutlinger in Wildberg gewählt. — Durch Ver- mittlung des Jugendamtes konnten auch neuer wieder mehrere schwächliche und erholungsbedürftige Kinder un- serer Bezirks in Seebäder kommen.

Calw, 9. Juli. (Im Keime erstickt.) In der Vorstadt brach gestern abend um 6.15 Uhr bei Bäckermeister Wur- ster ein Brand aus, der jedoch schon im Keim durch Hand- feuerlöschapparate erstickt werden konnte, sodass der verur- sachte Schaden nur geringfügig ist. Die Entstehungsursache ist auf Ueberheben von Funken beim Durchschnei- den eines L-Trägers mit dem autogenen Schneidapparat zurückzuführen.

Igelsberg, 8. Juli. (Beerdigung.) Unter großer Be- teiligung von nah und fern wurde gestern der in allen Kreisen wohl angesehene Gutsbesitzer Friedrich Pfeifle zu Grabe getragen. Als langjähriger Gemeinderat leistete er der Gemeinde gute Dienste und war sowohl in der Be- wirtschaftung seines Gutes wie auch in der Ausübung des Waldwerks als Jäger vorbildlich. Er war es auch, der im Jahre 1893 den hiesigen Militärverein mitbegründete und sich immer als ein treues Mitglied zeigte. In ehrenden Nachrufen gedachten Herr Schultheiß Kappler und der Vorstand des Militärvereins Igelsberg des Ver- storbenen.

Sulz a. N., 9. Juli. Hier hat sich in den letzten Tagen eine recht lebhaft Bautätigkeit entwickelt. Wäh- rend das neue Spinnergebäude und das sechste Familien- haus der Buntweberei Sulz im Rohbau bereits fertigge- stellt sind, wurde mit der neuen Wasserkraftanlage begon- nen. Das von dem beratenden Ingenieur W. Kimmich in Stuttgart gefertigte Projekt umfaßt ein neues Wehr, eine Vertiefung und Tiefertung des Redarbets mit Stau- u. Hochwasserdämmen, wodurch die Stadt Sulz der längst er- strebten Hochwasserbefreiung zum größten Teile näher kommt, sodann eine Pumpspeicheranlage auf dem nahen Gähnenden Stein für 27 000 Kubikmeter. Durch diese Bau- ten wird die gesamte Wasserkraft der Buntweberei von etwa 200 PS. auf 740 PS. gesteigert.

Tübingen, 10. Juli. (Majern.) Die Grundschulklasse Ia der hiesigen Knabenschule mußte heute bis auf weiteres ge- schlossen werden, da sich die Majernentränkungen unter den sechs- und siebenjährigen Buben so häuften, daß Gefahr be- stand, auch andere nahe Klassen könnten angefaßt werden.

Som bad. Schwarzwald. (Eine Verlustsaison?) Nach allen Berichten der Kurverwaltungen und Hotelbesitzer ha- ben sich die Anzeichen vermehrt, nach denen mit einer Ver- lustsaison zu rechnen ist, wie sie der Schwarzwald bisher noch nicht erlebt hat. Die Monate Mai und Juni brach- ten nur einen sehr schwachen Fremdenverkehr und trotz der verheißungsvollen warmen Juniwitterung blieben die Vorausbestellungen für Juli und August in den bekann- testen Kurorten des Schwarzwaldes aus. Lediglich die Plätze



# Radfahrer-Verein Altensteig

Mitglied des Radfahrer-Landesverbands Württemberg

## 30jähriges Jubiläum

verbunden mit dem Hauptfest des Radfahrer-Landesverbandes Württemberg und mit der Ausfahrt der Bergmeisterschaft des R. L. V. W. und des Cartells Süddeutscher Radfahrerverbände am 11.—13. Juli 1925

1895



1925

### Fest-Programm :

**Samstag, 11. Juli 1925**

Abends 9 Uhr Lampion-Korso durch die Stadt.  
Anschließend Festbankett im Lokal z. „Goldenen Stern“.

**Sonntag, den 12. Juli 1925**

- Morgens 5 Uhr Tagwacht,
- „ 6 Uhr Beginn der Rennen, Start neues Elektr.-Werk,
- „ 7 Uhr Bergmeisterschaft auf der Straße Altensteig-Ettmannsweiler,
- „ 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Promenade-Konzert auf dem Marktplatz,
- Nachm. <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Festzug,
- „ 3 Uhr Kunst- und Schulsreigen auf dem Festplatz,
- „ 4 Uhr Radballspiele,
- „ 5 Uhr Aufstieg des Riesenluftballons,
- „ <sup>1</sup>/<sub>2</sub> 7 Uhr Preisverteilung,
- „ 8 Uhr Festball und Kunstfahren im Saalbau z. Grünen Baum.

**Festbeitrag 50 Pfg.**

Die Einwohnerschaft wird höflichst gebeten, die Häuser zu beflaggen.

Verkaufsstände in- und außerhalb des Festplatzes werden vom Verein bestimmt.

**Der Festausschuß.**

## Spiegel

In allen Größen und verschiedenen Rahmen empfiehlt preiswert die

**W. Rieker'sche Buchhdg.**  
Altensteig.

## Reißzunge

in einfacherer u. besserer Ausführung empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buchhandlg.**  
Altensteig.

Beuren.

Einen 12 Monate alten

**Zucht-Farren** 

(Selbscheck) hat zu verkaufen  
Michael Kalmbach.

## Raum

gegen gute Entschädigung gesucht. Angebote an die Geschäftsst. ds. Pl. erbeten.

Ettmannsweiler.

Zwei starke

**Jäuser-Schweine** 

hat zu verkaufen  
Eg. Weißer.

Igelsberg, den 10. Juli 1925.

## DANKSAGUNG.



Für die vielen Beweise aller Liebe und herzl. Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres treubesorgten Vaters und Großvaters, unseres guten Bruders, Schwagers und Schwiegervaters

## Friedrich Pfeifle

von allen Seiten in so reichem Maße erfahren durften, bezeugen wir hiemit unseren innigen Dank. Besonders danken wir der Schwester Ilse hier für ihre aufopfernde Liebe am Krankenlager, Herrn Vikar Dietrich für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Gesangsverein Igelsberg unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Sieb für den erhebenden Gesang, dem Gemeindevorstand und dem Militärverein Igelsberg und Erzgrube für das letzte Geleit, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte

Namens der trauernden Hinterbliebenen :

Die Witwe **Katharine Pfeifle** geb. Bohnet  
mit Kindern.

### Sonder-Angebot !

Ein Posten schöne

## Strickwesten

schwere Ware, beste Zeffirwolle, in allen modernen Farben, per Stück **Mk. 12.50**

**Hans Schmidt,**  
Altensteig.

Altensteig.

Guten

## Apfelmöft

hat im Auftrag zu verkaufen  
Gutekunst, Küfer.

Wohnungs-Mietverträge sind zu haben in der **B. Meier'schen Buchhandlg.**

Ich suche für sofort einen

## Fuhr-Knecht

der auch mit dem Langholzfahren vertraut ist

**Karl Kreutel**  
Zimmergesch. u. Sägerei  
Büchenbrunn.

In Altensteig oder Umgebung wird zur Aufbewahrung eines kleinen Haushalts (Zweizimmer-Wohnung) ein geeigneter

Altensteig.

## Dekorationsfähnchen und Dekorationsgirlanden

empfehlen

**W. Kohler, Buchbinder.**

Empfehle :

## Alle photographischen Bedarfsartikel

wie

## Apparate

## Platten

## Papier

## Chemikalien

## Photo-Arbeiten

Entwickeln, Kopieren etc.

wird unter billigster Berechnung rasch und sachmännisch ausgeführt.

## Dunkelkammer

steht den verehrten Kunden zur Verfügung

**Löwendrogerie**    
Gebr. Benz (Nachf.)  
Altensteig (am Marktplatz)  
Telefon 17.

**Schreibmaschinen-Reparaturen**

G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.